

Kommission

Welt im Umbruch – Deutschland und der Globale Süden

Impulse für die Neuausrichtung von Deutschlands Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens

Januar 2025

INHALTSVERZEICHNIS

Hintergrund	1
Perspektivwechsel: Neue Realitäten in einer multipolaren Welt	1
Was uns leitet	3
Empfehlungen	5
I. Geopolitik und Entwicklung	5
II. Ökonomie und Handel	6
III. Arbeitsmigration	8
IV. Internationale Finanzen	9
V. Klimapolitik- und finanzierung	11
Was daraus für das Regierungshandeln folgt	14

Kommissionsmitglieder

Expert:innen

Impressum

HINTERGRUND

Die Welt ist im Umbruch. Die bisherige Weltordnung steht in Frage. Eine multipolare Welt ist bereits heute Realität und zugleich mehr denn je unter Druck. Der Westen als globales Werte- und Ordnungsmodell ist in der Defensive. Vor diesem Hintergrund hat *Global Perspectives Initiative* die Kommission „Welt im Umbruch – Deutschland und der Globale Süden“ ins Leben gerufen. Zehn hochrangige Vertreter:innen aus Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Wissenschaft haben sich seit Mitte 2024 – im Austausch mit Expert:innen aus dem Globalen Süden – der Frage gewidmet, wie Deutschland in Zeiten geopolitischer Verschiebungen seine Beziehungen zum Globalen Süden in zentralen Politikfeldern (neu) ausgestalten sollte. Dies erfolgte mit dem Ziel, Empfehlungen für eine neue deutsche Bundesregierung zu erarbeiten. Ein ausführlicher Abschlussbericht der Kommission wird im Frühjahr 2025 erscheinen, folgende zentrale Erkenntnisse lassen sich bereits heute – wenige Wochen vor der Bundestagswahl – festhalten.

PERSPEKTIVWECHSEL NEUE REALITÄTEN IN EINER MULTIPOLAREN WELT

Internationales Engagement ist in Zeiten multipler Krisen wichtiger denn je. Allerdings nicht unter den bisherigen Vorzeichen. Stattdessen braucht es einen erweiterten Blickwinkel. Als Reaktion auf neue geopolitische Realitäten sollte ein interessenbasierter Ansatz der Ausgangspunkt deutschen Engagements sein – auch in Ländern des Globalen Südens. Tradierte Geber-Nehmer-Muster müssen verstärkt durch Beziehungen abgelöst werden, in denen die Interessen beider Seiten realistisch formuliert und offen ausgehandelt werden. Dabei müssen Hilfe in humanitären Notlagen, Gesundheitsvorsorge, Ernährungssicherung und Armutsbekämpfung einen gleichberechtigten Platz in einer interessenbasierten internationalen Politik haben. Es geht also nicht darum, Werte und Prinzipien aufzugeben, sondern bisherige Positionen weiterzuentwickeln, neue Brücken zu bauen und Deutschland politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich für die Zukunft zu rüsten. Dazu braucht es einen erweiterten Ansatz, sowohl was die Akteure als auch die Ebenen der Zusammenarbeit betrifft.

Vor diesem Hintergrund ergeben sich für die von der Kommission bearbeiteten Themenbereiche folgende zentrale Empfehlungen:

- **In Clustern zusammenarbeiten:** Die aktuellen massiven Umbrüche in der Weltordnung bedeuten, dass Außenpolitik immer mehr innenpolitische Relevanz erhält, und umgekehrt. Internationale Zusammenarbeit bestimmt den Alltag fast aller Ressorts der Bundesregierung. Ressortübergreifende Strategien, formale Ressortabstimmung oder zusammengefasste Informationen über Länder und Regionen sind eingeübte Formen der Zusammenarbeit, werden der komplexen Realität aber nicht gerecht. Deshalb müssen die bisherigen Instrumente so ausgebaut werden, dass am Ende eine echte Clusterzusammenarbeit entsteht. Zu diesem Zweck sollte u.a. die Rolle des Bundessicherheitsrates aufgewertet und – in Fortentwicklung der Nationalen Sicherheitsstrategie vom Juni 2023 – die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates erwogen werden.

- **Entwicklungszusammenarbeit strategischer aufstellen:** In einer multipolaren Welt braucht es eine Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit. Entwicklungszusammenarbeit ist dafür eine tragende Säule. Um sie noch wirksamer zu machen, bedarf es der finanziellen Sicherung, einer strategischen Neuausrichtung und besserer Koordination, innerhalb der Bundesregierung, aber auch innerhalb der EU als größtem Geber weltweit.
- **In Koalitionen der Willigen engagieren:** Der Multilateralismus ist für Deutschland zentral. Um ihn zu erhalten, muss er reformiert werden. Dies ist langwierig. Deshalb sollte die Bundesregierung vermehrt in "Koalitionen der Willigen" Führung übernehmen, um einstweilen Lösungen für globale Herausforderungen zu entwickeln.
- **Handelsabkommen vorantreiben:** In einer Zeit, in der Wirtschaftspolitik wieder durch Zölle betrieben werden soll, sind Handelsabkommen eine wichtige Antwort und ein zentrales Instrument zur Förderung von Wohlstand und Sicherheit. Sie sollten jedoch entschlackt und zeitnah mit neuen Weltregionen abgeschlossen werden.
- **Private Investitionen skalieren:** Deutsche Investitionen in den Globalen Süden, besonders in Afrika, müssen durch neue Anreize, Risikogarantien und Kapitalförderung gestärkt werden, während Partnerländer ihrerseits investitionsfreundliche Rahmenbedingungen schaffen sollten.
- **Arbeitsmigration steuern:** Deutschland ist aufgrund seiner alternden Bevölkerung auf Arbeitsmigration angewiesen. Die Bundesregierung sollte diese – basierend auf einer mit der Wirtschaft erstellten Bedarfsanalyse – steuern und bestehende Instrumente gemäß einer verbindlichen Strategie weiterentwickeln.
- **Nationale Einwanderungsagentur schaffen:** Eine zentrale auf Bundesebene angesiedelte Einwanderungsagentur sollte Arbeitsmigration durch gebündelte Zuständigkeiten und vereinfachte Einreiseverfahren („Fast-Track“-Regelung) beschleunigen.
- **Entwicklungsbanken finanziell ausbauen:** Entwicklungsbanken sind ein besonders guter Hebel, um knapper werdende Mittel wirksamer einzusetzen. Sie sollten finanziell gestärkt werden.
- **Schulden restrukturieren:** Es braucht neue Initiativen zur Belebung des internationalen Rahmenwerks zur Schuldenrestrukturierung, um drohende Liquiditäts- und Solvenzrisiken insbesondere in den ärmsten Ländern nachhaltig zu lösen. Dazu zählt, Beiträge neuer Gläubigerländer wie China konsequent einzufordern und zugleich private Gläubiger stärker an Schuldenrestrukturierungen zu beteiligen. Im Gegenzug müssen verschuldete Länder verantwortliche Wirtschaftspolitik betreiben und ihre Steuersysteme verbessern.

- **Internationale Kohlenstoffmärkte aufbauen:** CO₂ sollte weltweit bepreist werden, um die Klimaziele zu erreichen. Die dadurch generierten Mittel könnten in Anpassungs- und Präventionsmaßnahmen in den besonders stark vom Klimawandel betroffenen Ländern investiert werden.
- **Steuerclubs für neue Finanzmittel einrichten:** Um mehr Mittel für den internationalen Klimaschutz zu mobilisieren, sollte geprüft werden, wie beispielsweise die Besteuerung des internationalen Flugverkehrs ohne negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit möglich wäre. Die Idee von Steuerclubs, in denen beteiligte Staaten abgestimmte Steuersätze erheben, könnte einen denkbaren Weg darstellen.

WAS UNS LEITET

2025 jährt sich das Ende des Zweiten Weltkriegs zum 80. Mal. Die internationale Ordnung, die infolge des von Deutschland begangenen Zivilisationsbruchs entstanden ist, befindet sich im Umbruch. Was von ihr bleibt und wie sie in Zukunft genau aussieht, ist noch nicht entschieden. Fest steht, dass Deutschland als drittgrößte Volkswirtschaft der Welt – eingebettet in EU und NATO – wie kaum ein anderes Land von dieser Nachkriegsordnung profitiert (hat). Deshalb gilt es, die künftigen Strukturen aktiv mitzugestalten und sich nicht in einer Verklärung vergangener geopolitischer Gegebenheiten zu verlieren – oder einer „Deutschland zuerst“-Politik das Wort zu reden. Gefordert ist eine fundierte politische Auseinandersetzung über die richtigen Ziele und Wege für internationale Zusammenarbeit, zu der wir als Kommission mit einer klaren Haltung beitragen wollen:

- **Statt weniger, mehr internationales Engagement, weil in Zeiten des globalen Umbruchs Außenpolitik und starke Wirtschaftsbeziehungen über das nationale Wohlergehen entscheiden.**
- **Statt nationaler Rückbesinnung, Wahrung der Interessen mit Hilfe von starken Allianzen.**
- **Statt Werte gegen Interessen auszuspielen, beides klar benennen und pragmatisch verfolgen.**
- **Statt auf langwierige Organisationsveränderungen, auf intelligente Cluster-Lösungen setzen.**
- **Statt sich vor populistischen Diffamierungen wegzuducken, das internationale Engagement Deutschlands strategisch ausrichten und offensiv um Zustimmung werben.**

Dabei gilt der Grundsatz, dass Länder ihre berechtigten Interessen auf der Basis des Völkerrechts und nicht durch schiere Gewalt durchsetzen. Nur eine solche Welt ist auf Dauer eine faire Welt und in der Lage, das Leben der Menschen zu verbessern. Lösungen für die zentralen Zukunftsfragen können nur gemeinsam mit Ländern des Globalen Südens erarbeitet werden. Sie sind überproportional stark von aktuellen Krisen wie

Klimawandel, Migration und geopolitischen Spannungen betroffen. Gleichzeitig gewinnen sie durch ihre demografische Entwicklung, ihre Rohstoffvorkommen und durch ihre Schlüsselrolle bei Zukunftstechnologien an strategischer Bedeutung. Westliche Überheblichkeit, Besserwisserei oder Herablassung sind unangebracht. Ebenso müssen wir uns vor Eurozentrismus hüten, der die 80 Prozent der Weltbevölkerung in nicht-westlichen Ländern an die Peripherie unserer Wahrnehmung drängt. Mit wachsendem Selbstbewusstsein stellen die Länder des Globalen Südens Forderungen an die westliche Welt, auf die Deutschland als Exportnation und bedeutender Geber von Entwicklungsleistungen konstruktive Antworten finden muss. Dabei ist uns klar, dass es sich bei den Ländern des Globalen Südens nicht um einen homogenen Block handelt. Vielmehr ist eine differenzierte Betrachtung erforderlich, der Begriff als grobe Verallgemeinerung problematisch. Wir benutzen ihn dennoch, nicht zur geografischen Einordnung, sondern – mangels überzeugender Alternativen – in einem geopolitischen Verständnis. Zumal ihn auch Länder des Globalen Südens selbst mit einem emanzipatorischen Anspruch verwenden und er auf Bruchlinien in der internationalen Politik hinweist.

Internationale Zusammenarbeit ist gerade in Zeiten des Umbruchs, trotz knapper Kassen, notwendiger denn je. Deutschland hat dabei berechnete Eigeninteressen, die es (wie im Rahmen der EU, NATO oder der G7 gängige Praxis ist) klar zu benennen und zu verfolgen gilt. Dieser interessenbasierte Ansatz sollte auch die Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens leiten, in der beide Seiten ihre jeweiligen Interessen so aushandeln, dass idealerweise Win-Win-Situationen entstehen. Ein solcher Ansatz unterscheidet sich von anderen Ländern, denen es um Ausbeutung für eigene Zwecke geht. Für eine funktionierende internationale Zusammenarbeit ist eine regelbasierte internationale Ordnung unerlässlich. Deshalb setzen wir uns für die Stärkung multilateraler Organisationen ein, damit sie die Realität der heutigen Welt angemessen widerspiegeln. Dazu braucht es Reformen, um die Länder und Interessen, die sich dort bisher nicht ausreichend wiederfinden, zu stärken und sie als Alliierte in Sachen regelbasierter Ordnung zu gewinnen.

Auf der Basis unserer Werte haben wir gleichwohl grundlegende humanitäre Verpflichtungen, denen wir weiterhin nachkommen sollten und müssen, um Not zu lindern, gerade in Zeiten von zunehmenden Krisen und Konflikten.

Internationale Zusammenarbeit ist vital für unser Land. Dafür brauchen wir eine offene Debatte über das Für und Wider, Kosten und Nutzen sowie ihre Art und Weise. Mit unseren Empfehlungen wollen wir zu einer Debatte im besten demokratischen Sinne beitragen.

Die Empfehlungen stellen keinen radikalen Bruch mit der bisherigen Praxis internationaler Zusammenarbeit dar. Vielmehr war es Anliegen, Bestehendes neu zu bewerten und pragmatisch weiterzuentwickeln. Sie konzentrieren sich dabei auf fünf Themenbereiche, die uns für die zukünftige Ausgestaltung der internationalen Kooperation besonders relevant erscheinen: **I. Geopolitik und Entwicklung, II. Ökonomie und Handel, III. Arbeitsmigration, IV. Internationale Finanzen sowie V. Klimapolitik und -finanzierung.**

EMPFEHLUNGEN

I. GEOPOLITIK UND ENTWICKLUNG

Der Niedergang der regelbasierten liberalen Weltordnung zeichnet sich ab. Die globalen Machtverhältnisse haben sich beträchtlich verschoben. Zugleich wenden sich die USA immer stärker von ihrer Rolle als „Weltpolizist“ ab. Stattdessen ist eine Art globale Unordnung entstanden, geprägt durch zahlreiche Kriege und Konflikte sowie eine globalisierte Wirtschaft in der Krise. In der jetzigen Phase verstärken sich multipolare Tendenzen, bei denen verschiedene Pole ein großes Maß an strategischer Autonomie reklamieren. Vor diesem Hintergrund muss Deutschland sich neu positionieren und u.a. seine Beziehungen zum Globalen Süden strategisch besser kalibrieren. Gerade in dieser Transferphase hin zu einer neuen Weltordnung sind die Länder des Globalen Südens als Partner für Europa und Deutschland besonders wichtig.

Deswegen empfehlen wir:

- **Europa in einer multipolaren Welt als eigenständigen Pol stärken:** Deutschland sollte dafür eintreten, dass die EU – ohne in eurozentristische Denkmuster zu verfallen – zu einem globalen Pol in dieser zunehmend multipolaren Welt wird. Zentral ist hierzu, die Verteidigungs- und außenpolitische Handlungsfähigkeit Europas zu stärken. Europa, darunter vor allem Deutschland, konnte sich lange Zeit auf die Schutzmacht USA verlassen. Dieser Grundsatz gilt nicht länger. Deshalb muss sich Europa militärisch besser aufstellen. Dafür sind eine umfassende europäische Verteidigungsindustrie und eine vermehrte militärische Zusammenarbeit innerhalb Europas nötig. Das muss primär über den europäischen Pfeiler der NATO erfolgen. Dafür werden Verteidigungsausgaben in Höhe von 2 Prozent des BIP künftig nicht ausreichen. Zugleich muss die EU aufgrund der hohen Dynamik im internationalen System in außen- und sicherheitspolitischen Belangen schnell handlungs- und gewissermaßen „weltpolitikfähig“ werden. Ziel muss es deswegen sein, das in der EU bestehende Einstimmigkeitsprinzip in der Regel durch das Prinzip der qualifizierten Mehrheit zu ersetzen. Deutschland sollte sich im EU-Rahmen klar für diese Änderung einsetzen.
- **In neuen Allianzen und Koalitionen der Willigen engagieren:** Die multilateralen Organisationen sind geschwächt und wegen der Rivalitäten zwischen Super- und Großmächten nur bedingt handlungsfähig. Um bei drängenden Herausforderungen trotzdem voranzukommen, sollte sich Deutschland einerseits für die Stärkung und Reform multilateraler Organisationen einsetzen und andererseits mehr in minilateralen Clubs und „Koalitionen der Willigen“ engagieren und hier auch eine aktive Führungsrolle einnehmen. Sie könnten Lösungen im kleineren Kreis erarbeiten und diese wieder in die internationalen Organisationen einspeisen. Auch Gremien wie G7 und G20 sollten verstärkt in diesem Sinne genutzt werden.

- **Entwicklungszusammenarbeit strategischer aufstellen:** Funktionierende, verlässliche und vertrauensvolle Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens sind in multipolaren Zeiten von zentraler Bedeutung. Dafür ist die Entwicklungszusammenarbeit (EZ) ein wesentliches Instrument. Dabei gilt es, die EZ stärker zu fokussieren und die Mittel strategisch, effizient und wirksam einzusetzen. Um Wirkungen zu vervielfältigen, müssen die EZ-Anstrengungen zwischen den Ministerien aber auch zwischen den Ländern der EU noch enger koordiniert werden, denn die EU und ihre Mitgliedsstaaten sind der größte Geber öffentlicher Entwicklungsleistungen weltweit. Diese Stärke gilt es, durch gemeinsame Entwicklungspolitik und Implementierung, noch besser auszuspielen.
- **Gemeinsam mit Ländern des Globalen Südens attraktive Zusammenarbeitskonzepte entwickeln:** In einer multipolaren Welt hat sich die klassische Aufteilung von Gebern und Empfängern in der Entwicklungszusammenarbeit überholt. Vielmehr braucht es Partnerschaften, von denen beide Seiten profitieren und bei denen alle Beteiligten ihre Interessen klar kommunizieren. Deshalb sollte Deutschland gemeinsam mit der EU und Ländern des Globalen Südens attraktive Zusammenarbeitskonzepte bei Handel, Investitionen, Infrastruktur, Energie-, Rohstoff- und Klimapartnerschaften entwickeln.

II. ÖKONOMIE UND HANDEL

Geopolitische Verschiebungen und der Klimawandel bringen neue Herausforderungen für die Wirtschaft mit sich. Als eine der größten Export- und Handelsnationen der Welt ist Deutschland von internationalen Marktentwicklungen unmittelbar betroffen und entsprechend stark verletzlich. Damit es als rohstoffarmes Industrieland konkurrenzfähig bleiben und dauerhaft Wohlstand sichern kann, sind neue Geschäftsmodelle nötig. Vor dem Hintergrund des Klimawandels lautet die Aufgabe zudem: wirtschaftliche Ziele mit Klima- und Umweltschutz zu verbinden. Nur ein solches Geschäftsmodell ist nachhaltig erfolgreich. Digitalisierung und künstliche Intelligenz revolutionieren Produktion und Kommunikation und benötigen ergänzende Infrastruktur und Rohstoffe. In diesem Umfeld muss Deutschland seine Innovationskraft erhalten. Es gilt, konkrete Interessen und Bedarfe der Wirtschaft zu identifizieren und zu verfolgen. Soll die deutsche Wirtschaft erfolgreich bleiben, bedarf es der Deckung eines steigenden Energiebedarfs zu wettbewerbsfähigen Kosten, des Zugangs zu Rohstoffen, der Erschließung neuer Märkte, des Absicherns von Lieferketten sowie der Anwerbung von Arbeits- und Fachkräften. Dafür sind verlässliche Beziehungen zu den Ländern des Globalen Südens und effektive Finanzierungsinstrumente essenziell, denn hier finden sich neben Rohstoffen und Energiepartnerschaften auch die Märkte und Arbeitskräfte der Zukunft.

Deswegen empfehlen wir:

- **Abhängigkeiten bei kritischen Mineralien und Rohstoffen mindern:** Deutschland wird auf Rohstoffzulieferungen angewiesen bleiben. Um diese Abhängigkeit zu mindern, sollten Importe diversifiziert werden. Dafür braucht es eine interessenbasierte Rohstoffaußenpolitik, die eine Balance findet

zwischen eigener Versorgungssicherheit und den Entwicklungszielen von Ländern des Globalen Südens. Deutschland sollte stärker in Rohstoff-Partnerschaften investieren, u.a. durch mehr Präsenz in mineralreichen Staaten und durch regelmäßigen Austausch vor Ort. Dafür ist es wichtig, gemeinsam langfristige Perspektiven zu entwickeln, statt im Unterschied zu anderen Ländern auf kurzfristige Zusagen zu setzen.

- **Handelsabkommen vorantreiben:** In Zeiten, in denen Politik wieder durch Zölle betrieben wird, sind Freihandelsabkommen von zentraler Bedeutung. Aber die Verhandlungen dazu dauern zu lange, weil sie häufig mit technischen Standards und vielen Details überfrachtet sind. Deutschland sollte sich in der EU für eine höhere Geschwindigkeit und für schlankere Abkommen einsetzen. Ein fristgerechtes 70 Prozent-Abkommen ist besser als ein 100 Prozent-Abkommen, das nie realisiert wird. Die EU sollte hier im Namen der Mitgliedstaaten zügig voranschreiten und – ähnlich wie im Fall Mercosur – die Verhandlungen mit neuen Weltregionen forcieren.
- **Lokale Wertschöpfungsketten aufbauen:** Deutschland sollte in Ländern des Globalen Südens in den Aufbau von Wertschöpfungsketten und in die verarbeitende Produktion investieren sowie Handelshemmnisse für entsprechende Produkte beseitigen. Das hilft der angestrebten Diversifizierung ebenso wie dem Aufbau neuer Märkte. Die entstehenden Arbeitsplätze liegen sowohl im Interesse Deutschlands als auch der betroffenen Regierungen, besonders auf dem afrikanischen Kontinent. Deutschland kann hier durch den Transfer von Wissen und Technologie sowie den Aufbau von Ausbildungssystemen unterstützen, und umgekehrt an Innovationen teilhaben, etwa bei der Herstellung von Wasserstoff.
- **Private Investitionen skalieren:** Viele Länder des Globalen Südens sind auf ausländische Investitionen angewiesen. So fließt bisher z.B. nur ein Bruchteil der deutschen Direktinvestitionen nach Afrika. Um privates Kapital stärker dorthin zu locken, deutschen Firmen neue, zukunftssträchtige Märkte zu erschließen und dafür bestehende Risikoängste zu überwinden, braucht es zusätzliche Anreize und Anstrengungen sowie Garantien. Die bisherigen Maßnahmen reichen nicht; nötig sind z.B. mehr Venture Capital sowie Beteiligungskapital. Das gilt vor allem für die Förderung neuer Technologien und Start-ups. Durch das Abfedern von Risiken sollten deutsche Unternehmen motiviert werden, in neue Märkte zu investieren. Dies gelingt umso besser, je mehr von den Partnerländern eine investitionsfördernde Kultur geschaffen wird und Good-Governance Standards eingehalten werden.
- **Neues Mindset fördern:** Unternehmen und die deutsche Bundesregierung müssen das Potenzial einer Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens erkennen. Es braucht dringend eine Veränderung der Einstellung, vor allem bei der nächsten Generation von Manager:innen, um den Mangel an Wissen und die bisher teilweise noch geringe interkulturelle Kompetenz vor allem gegenüber dem afrikanischen Kontinent und Asien zu überwinden. Hier sollten von politischer Seite in Kooperation mit der Zivilgesellschaft entsprechende Initiativen ergriffen und Kapazitäten aufgebaut werden. Dafür braucht es mehr Kontakt, Austausch, Wissen und Weiterbildung, v.a. auf

Managementebene, aber auch an den Hochschulen durch Partnerschaften mit Universitäten des Globalen Südens, um das wirtschaftliche Potenzial von Ländern in den Regionen sichtbar zu machen.

III. ARBEITSMIGRATION

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Menschen haben seit jeher aus den unterschiedlichsten Gründen ihre Heimat verlassen, insbesondere aus Europa, und werden es auch künftig tun. In der Vergangenheit war Arbeitsmigration für aufnehmende Volkswirtschaften ein Erfolg und wird wegen der alternden Bevölkerung und dem schrumpfenden Erwerbspersonal hierzulande immer mehr zur Notwendigkeit. Zugleich suchen viele Länder des Globalen Südens nach Arbeitsmöglichkeiten für ihre wachsende junge Bevölkerung. Allein in Afrika drängen jährlich rund 12 Millionen Erwerbsfähige auf den Arbeitsmarkt, neue Jobs gibt es aber nur für etwa drei Millionen. Hier bietet sich mithin die Möglichkeit, Triple-Win-Partnerschaften einzugehen, die Vorteile für alle Beteiligten bringen: für das Zielland, das Herkunftsland und für das Individuum. Das funktioniert aber nur, wenn es dafür eine verbindliche Strategie der Bundesregierung gibt, und die verschiedenen Wege nach Deutschland klar definiert und getrennt sind. Auf diese Weise lässt sich Arbeitsmigration zielgerichtet und bedarfsgerecht steuern.

Deswegen empfehlen wir:

- **Arbeitsmigration fördern:** Um den (temporären) Zuzug von Arbeits- und Fachkräften zu erleichtern, braucht es eine Trennung der verschiedenen Wege nach Deutschland und klare Regelungen, u.a. durch Entbürokratisierung und die Schaffung einer positiven serviceorientierten Verwaltungskultur, in den Auslandsvertretungen und im Inland. Dafür müssen alle Schritte durchdacht und aufeinander abgestimmt sein. Denn der Anteil irregulärer Migration geht zurück, sobald sich mehr legale Wege für Arbeitsmigration öffnen.
- **Arbeitsmigration besser kommunizieren:** Gibt es klare Wege für an Arbeit Interessierte, sollte dies auch kommunikativ von Flucht und Asyl getrennt werden. Das Narrativ der irregulären, unkontrollierbaren Migration ist irreführend, weil sich Arbeitsmigration je nach Nachfrage des inländischen Arbeitsmarktes flexibel steuern lässt. Der Bund sollte über Öffentlichkeitsarbeit und Aufklärung sicherstellen, dass die Notwendigkeit, der Nutzen und die flexible Handhabbarkeit von Arbeitsmigration erkannt werden. Damit lässt sich auch Fremdenfeindlichkeit und Rassismus entgegenwirken.
- **Nationale Einwanderungsagentur schaffen:** Um Arbeitsmigration zu erleichtern, braucht es eine „Fast-Track-Regelung“ mit schnellen Einreisemöglichkeiten und einer zentralen auf Bundesebene angesiedelten Migrationsagentur. Hier könnten Zuständigkeiten gebündelt und einfache Zugangsstrukturen geschaffen werden, sodass eine zentrale digitale Akte entsteht, auf die alle Behörden zugreifen können. Die Agentur wäre auch zuständig für Aufenthaltstitel und Visa und sollte zeitnah aufgebaut werden – ohne dass zusätzliche bürokratische Hürden entstehen.

- **Bedarf strategisch erfassen und Nachfragemanagement etablieren:** Für eine gesteuerte Arbeitsmigration braucht es – in Zusammenarbeit mit der Wirtschaft – eine Erfassung des jeweiligen Bedarfs sowie klare Zielvorgaben. Erst dann können strategische Partnerschaften mit Ländern eingegangen und über die konkrete Nachfrage des inländischen Arbeitsmarktes gesteuert werden.
- **Berufserfahrungen anerkennen:** Ein Hindernis für die rasche Aufnahme von Fachkräften stellt die Anerkennung von Zeugnissen und Abschlüssen dar. Ziel muss es sein, erworbene Berufserfahrung unbürokratisch anzuerkennen. Hier sollte es zu einer weiteren Liberalisierung und vor allem Digitalisierung kommen.
- **Sprach- und Kulturförderung stärken:** Damit sich Fachkräfte in Deutschland zurechtfinden und für Betriebe auch ein Gewinn sind, sollte die Sprachförderung im In- und Ausland ausgebaut werden. Dafür braucht es noch gezieltere Kurse, die die Lebenswirklichkeiten von ausländischen Fachkräften in Deutschland abbilden. Die öffentliche Hand sollte noch mehr in solche (digitale) Bildungsmodule investieren, bei staatlichen Einrichtungen wie dem *Goethe-Institut*, aber auch bei privaten Anbietern.
- **Talentfonds aufbauen:** Private und zivilgesellschaftliche Dienstleister lassen sich gut in die Anwerbung von Fachkräften einbinden. Sie kosten Geld, aber die Investition zahlt sich aus: Die Anwerbekosten werden innerhalb weniger Monate durch einen positiven Nettofiskalbetrag gedeckt. Dafür sollte die Bundesregierung einen Talentfonds ins Leben rufen, der auf ein Ökosystem solcher Dienstleister zugreift.
- **Mobilitätsfonds gründen:** Um Entwicklungs- und wirtschaftliche Zusammenarbeit effizienter zu machen, sollte die Bundesregierung einen Arbeits-Mobilitätsfonds gründen. Der Fonds würde zwei Teile umfassen: *Working Capital Facility*, um Projekten und jungen Firmen im Bereich Arbeitsmigration finanzielle Starthilfe zu geben, und eine *Guarantee Facility*, die Investoren durch Risikoteilung anzieht. Ziel ist es, Unternehmen wie Sprachschulen oder faire Rekrutierungsfirmen zu stärken, damit sie unabhängig von öffentlichen Zuschüssen werden.

IV. INTERNATIONALE FINANZEN

Die Länder des Globalen Südens wurden letzthin von diversen „externen Schocks“ getroffen, die deren Volkswirtschaften stark herausgefordert haben: Die Pandemie zog bei vielen von ihnen eine massive Wirtschafts- und Finanzkrise nach sich. Diese Krise verschärfte sich noch durch den russischen Angriffskrieg in der Ukraine, in dessen Folge sich Lebensmittel, Dünger und Energie weiter verknappten und Preise stiegen. Dazu kommt eine weltweite Inflation. Überdies trifft der Klimawandel den Globalen Süden überproportional stark und verursacht hier zunehmend Schäden, zu deren Bewältigung enorme finanzielle Ressourcen vonnöten, aber nicht vorhanden sind. Aufgrund all dieser Faktoren kämpfen ärmere Länder nach einer Phase des Aufschwungs seit etwa fünf

Jahren mit finanziellen Herausforderungen, die ihre wirtschaftliche Entwicklung stark behindern. In dieser Lage sind handlungsfähige internationale Finanzinstitutionen besonders wichtig. Doch die Bretton-Woods-Institutionen, gegründet nach dem Zweiten Weltkrieg und zuständig für Währungs- und Finanzstabilität, befinden sich in einer Strukturkrise und sind in ihrem Aufbau nicht mehr zeitgemäß: Ihre Governance bildet die Welt Mitte des 20. Jahrhunderts ab. Die Interessen vieler Staaten, besonders der Länder des Globalen Südens, werden dort zu wenig berücksichtigt und sie dadurch in ihrer Entwicklung benachteiligt. Diese Institutionen zu reformieren und inklusiver zu gestalten, liegt im Interesse Deutschlands. Wenn es diversifizieren und in neue Weltregionen investieren will, sind wirtschaftliches Wachstum und Stabilität entscheidend. Zugleich gewinnt Deutschland durch die Unterstützung der Reformanstrengungen an Renommee und Glaubwürdigkeit bei Partnern im Globalen Süden.

Deswegen empfehlen wir:

- **Reform der Bretton-Woods Institutionen vorantreiben:** Die Bundesregierung sollte sich für die Weiterentwicklung des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank einsetzen. Diese müssen inklusiver werden und sich stärker den großen Menschheitsrisiken unserer Zeit widmen, wie dem Klimawandel oder dem Biodiversitätsverlust, die bei deren Gründung noch nicht die Priorität hatten, die sie heute verdienen. Erhalten Länder des Globalen Südens in diesen Institutionen in absehbarer Zeit nicht mehr Einfluss und Mitspracherechte, besteht die Gefahr, dass sich wichtige globale Akteure mittelfristig aus diesen Institutionen zurückziehen. Deshalb gilt es, inhaltliche Anpassungen sowie Reformen zur gerechteren Steuerung und Machtverteilung in den Bretton-Woods Institutionen voranzutreiben. Deutschland kann hier die Rolle des umsichtigen Maklers einnehmen.
- **Entwicklungsbanken finanziell ausbauen:** Entwicklungsbanken sind ein besonders guter Hebel, um knapper werdende Mittel wirksamer einzusetzen. Sie können jeden öffentlich eingesetzten Euro mit Mitteln von den internationalen Finanzmärkten vervielfältigen. Deshalb ist es wichtig, die Entwicklungsbanken besser finanziell auszustatten. Das gilt auch für die europäischen Entwicklungsbanken, über deren Arbeit sich zudem die eigenen Interessen artikulieren und verwirklichen lassen.
- **Garantien verstärkt einsetzen:** Die öffentlichen Budgets reichen nicht aus, um die anstehenden Transformationsaufgaben zu bewältigen. In der Vergangenheit war der Privatsektor jedoch eher zurückhaltend mit Investitionen im Globalen Süden, Schwellenländer ausgenommen. Um Risiken für Privatunternehmen abzufedern, sollten verstärkt Garantien und Sicherungsmechanismen zum Einsatz kommen. Die Bundesregierung sollte sich für eine intensivere Nutzung solcher Instrumente einsetzen und mit gutem Beispiel vorangehen.
- **Schulden restrukturieren:** Viele Länder des Globalen Südens sind hoch verschuldet. In den kommenden Jahren drohen zunehmend Liquiditäts- und Solvenzkrise, insbesondere in einigen der ärmsten Länder. Ihre Schuldenprobleme können nicht mit immer neuen Schulden gelöst werden. Es braucht deshalb neue Initiativen zur Belebung des internationalen Rahmenwerks zur Schuldenrestrukturierung. Dieses ist aus Sicht vieler

Schuldnerländer wenig attraktiv und wurde zu wenig in Anspruch genommen. Zudem gilt es, Beiträge neuer Gläubigerländer wie China konsequent einzufordern und auch private Gläubiger, die sich fairen Maßnahmen zur Entschuldung und Umschuldung bislang weitgehend entziehen, stärker an Schuldenrestrukturierungen zu beteiligen. Im Gegenzug müssen verschuldete Länder verantwortliche Wirtschaftspolitik betreiben und ihre Steuersysteme verbessern.

- **Schädliche Subventionen abbauen:** Fehlgeleitete Subventionen von Regierungen weltweit – etwa in fossile Energien, Überfischung oder in ineffiziente Landwirtschaftspraktiken – setzen die falschen Anreize und verursachen deshalb gesamtwirtschaftlich mehr Schaden als Nutzen. Das gilt für die EU, deren größter Posten nach wie vor die Landwirtschaft ist, es gilt aber auch für viele Länder des Globalen Südens. Deutschland sollte innerhalb der EU auf eine andere Subventionspolitik drängen und internationale Initiativen zur Umwidmung nicht nachhaltiger Subventionen bei Energie, Landwirtschaft und Fischerei in nachhaltige Bereiche fördern. Es geht dabei nicht unbedingt um weniger Subventionen, aber um zielgerichtetere, die auf die Bedürfnisse vom Wandel betroffener Menschen und nachhaltiges Wirtschaftswachstum ausgerichtet sind. Denn eine Transformation zu nachhaltigem Wirtschaften kann nur gelingen, wenn für negativ betroffene Menschen sozialer Ausgleich geschaffen wird. Einkommenstransfers und soziale Sicherungsmaßnahmen sind dabei oft unverzichtbar.

V. KLIMAPOLITIK UND -FINANZIERUNG

Klimaschäden verursachen schon heute gewaltige Kosten auf allen Kontinenten. Steigen die Emissionen weiter, werden sich diese Schäden bis Ende des Jahrhunderts vervielfachen. Besonders stark betroffen sind Entwicklungsländer. Auf dem afrikanischen Kontinent, insbesondere in der Sahel-Zone, auf der arabischen Halbinsel, in Indien und Pakistan, in Teilen Südamerikas sowie in Teilen Südostasiens, liegen die Klimaschäden schon bis Mitte des Jahrhunderts deutlich über dem globalen Durchschnitt. Viele Länder in diesen Regionen haben historisch vergleichsweise wenig zum Klimawandel beigetragen. Doch in den letzten Jahren steigen auch in aufstrebenden Schwellenländern die Emissionen. Gleichzeitig fehlt es gerade Entwicklungsländern an finanziellen Ressourcen und Zugang zu internationalen Krediten, um die Kosten der Klimatransformation tragen und notwendige Anpassungsmaßnahmen umsetzen zu können. Auf der anderen Seite geht die wirtschaftliche Entwicklung der Schwellenländer mit einem wachsenden Energiebedarf, mit intensiven Bautätigkeiten und damit steigenden Treibhausgasemissionen einher. Auch sind einige Länder des Globalen Südens wirtschaftlich stark abhängig vom Export fossiler Rohstoffe. Internationale Kooperation und gezielte Klimastrategien für die Zusammenarbeit mit Ländern des Globalen Südens sind aus all diesen Gründen zur Begrenzung der Erderwärmung unerlässlich.

Deswegen empfehlen wir:

- **Fossile Brennstoffe zu besteuern:** Die Nutzung globaler Gemeinschaftsgüter muss reguliert werden, wenn die verheerenden Folgen einer Übernutzung vermieden werden sollen. Die Bepreisung fossiler Brennstoffe über die beiden EU-Emissionshandelssysteme (ETS) ist hier von zentraler Bedeutung, denn sie senken zum einen die Nachfrage nach Öl, Kohle und Gas. Das macht den Verkauf fossiler Rohstoffe auf den Weltmärkten weniger rentabel und erhöht den Transformationsdruck für die Exportländer. Zum anderen entstehen Einnahmen, die für den sozialen Ausgleich oder die Förderung erneuerbarer Technologien verwendet werden können. Die Bundesregierung sollte sich daher innerhalb der EU dafür einsetzen, die ETS-Reduktionspfade beizubehalten.
- **Internationale Kohlenstoffmärkte aufbauen:** Die Bundesregierung sollte sich für den Aufbau von CO₂-Bepreisungsmechanismen auf allen Kontinenten einsetzen. CO₂-Preise können Entwicklungs- und Schwellenländer beim *Leapfrogging* einer von fossilen Brennstoffen getriebenen Entwicklung unterstützen. Entscheidend ist dabei, den lokalen Kontext, Verteilungs- und Wechselwirkungen mit anderen Entwicklungszielen der betreffenden Länder sowie mögliche wirtschaftliche oder institutionelle Einschränkungen zu berücksichtigen. Sinnvoll erscheint, solche Mechanismen graduell einzuführen und mit Kompensationsmechanismen wie gezielten Subventionen oder *Cash-Transfers* zu verbinden. Die CO₂-Bepreisung in Ländern des Globalen Südens kann in reziproken Klima-Partnerschaften verankert werden.
- **Carbon Dioxide Removal (CDR) fördern:** Die globale Erderwärmung wird die 1,5°C-Marke in den nächsten Jahren absehbar überschreiten. Deshalb ist es unabdingbar, der Atmosphäre CO₂ aktiv zu entnehmen und anschließend zu speichern. Nur so lassen sich schwer vermeidbare Restemissionen mittel- bis langfristig ausgleichen und der *Emissions-Overshoot* abbauen. Deshalb sollte die Bundesregierung auch CDR-Maßnahmen im Globalen Süden fördern.
- **Verkauf von Entnahmezertifikaten vorantreiben:** Für Länder des Globalen Südens bietet der Aufbau von CDR-Projekten und der internationale Verkauf der Entnahmen ein lukratives neues Wirtschaftskonzept. Viele Länder haben aufgrund geologischer Speicherkapazitäten und großem Potenzial für Solarenergie gute Voraussetzungen für den Einsatz von CDR. Auch die Exporteure fossiler Rohstoffe haben einen Anreiz, in CDR zu investieren. Handelbar wären Entnahmen über Emissionshandelssysteme, wenn ein neuer Zertifikatstypus – sogenannte „*Clean-up*“-Zertifikate – eingeführt würde. Die Bundesregierung sollte sich deshalb für die Integration dieser „*Clean-up*“-Zertifikate in den Emissionshandel und die Einrichtung eines *Buyers Clubs* einsetzen. Dann könnten Staaten des Globalen Südens die von ihnen generierten Entnahmen international handeln. Das bedeutet auch, dass die Einhaltung sozialer und ökologischer Standards unter Artikel 6 des Pariser Klimaabkommen überwacht werden muss.

- **Steuerclubs für zusätzliche Finanzmittel einrichten:** Bei der COP 29 in Baku haben die Mitgliedstaaten ein Finanzierungsziel von 300 Milliarden US-Dollar bis 2035 beschlossen ohne festzuschreiben, aus welchen Quellen die Gelder stammen sollen. Als eine Möglichkeit, zusätzliche Mittel für den Klimaschutz zu mobilisieren, sollte geprüft werden, wie die Besteuerung des internationalen Flugverkehrs ohne negative Auswirkungen auf die deutsche Wirtschaft und Wettbewerbsfähigkeit möglich wären. Die Idee von Steuerclubs, in denen sich Staaten dazu verpflichten, einen bestimmten Steuersatz auf Flüge in Partnerländer sowie eingehende Flüge aus Drittstaaten zu erheben, könnte ein gangbarer Weg sein. Dieses Modell hätte das Potential, die globalen Emissionen aus der Verbrennung fossiler Brennstoffe um etwa 10 Prozent zu mindern. Außerdem würden Finanzmittel generiert, die über einen internationalen Klimafonds für CO₂-Bepreisungsmechanismen in den Globalen Süden fließen könnten. Ein Teil der Mittel könnte auch dazu verwendet werden, weitere globale öffentliche Güter wie den Schutz der Biodiversität oder die Vermeidung von Pandemien zu finanzieren. Deutschland sollte sich für solche Steuerclubs stark machen.

WAS DARAUS FÜR DAS REGIERUNGSHANDELN FOLGT

Deutschland als große Volkswirtschaft im Zentrum Europas kann es sich nicht leisten, die neuen globalen Realitäten und Herausforderungen zu ignorieren. Der Handlungsdruck ist enorm. Die Neuausrichtung der Beziehungen mit den Ländern des Globalen Südens muss von der nächsten Bundesregierung deshalb rasch in Angriff genommen werden und einem Paradigmenwechsel folgen. Dafür braucht es mehr Kohärenz in der Bundesregierung beim Thema internationale Zusammenarbeit sowie einen effizienteren Mitteleinsatz.

Um die Partnerschaften mit Ländern des Globalen Südens strategischer anzulegen, mit Leben zu füllen und internationale Aktivitäten aufeinander abzustimmen, ist noch mehr Koordinierung auf Bundesebene nötig. Dafür bedarf es der Etablierung einer pragmatischen Cluster-Logik, die ressortübergreifend wirkt und Säulendenken überwindet. Notwendig ist ein Prozess, der konsequent von der Spitze her die nationalen Interessen definiert und zu kohärenten strategischen Festlegungen und davon abgeleiteten Arbeitsaufträgen kommt. Hierzu empfiehlt die Kommission zum einen eine umfassende Stärkung und Weiterentwicklung des im Bundeskanzleramt angesiedelten Bundessicherheitsrates. Zum anderen sollte – in Fortentwicklung der Nationalen Sicherheitsstrategie vom Juni 2023 – die Einrichtung eines Nationalen Sicherheitsrates erwogen werden, der geopolitische Analyse, Szenarienentwicklung, Planungsaufgaben sowie Politikkohärenz der Ressorts mit internationalen Kontakten bündeln könnte.

Statt einer großen Organisationsreform, etwa durch das Zusammenlegen von Ministerien, empfiehlt die Kommission die Weiterentwicklung bestehender Formen der Kooperation mit dem Ziel einer intelligenten Clusterzusammenarbeit. Allein die Verschiebungen von Abteilungen zwischen Ministerien in Deutschland braucht viel Zeit und bremst Arbeitsprozesse. Zeit, die angesichts der rasanten Veränderungen in der Welt nicht vorhanden ist. Das schließt den Wegfall einzelner redundanter Einheiten nicht aus. Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche Clusterzusammenarbeit ist ein gemeinsames Verständnis der Ausgangslage, der relevanten Akteure, der Interessen und der Interoperabilitäten. Dazu sollten alle relevanten Daten für die Entscheider:innen auf der parlamentarischen und ministeriellen Ebene in einer entsprechenden Clusterdatenbank zusammengefasst werden.

Letztlich lautet das Ziel, Deutschland strategisch und organisatorisch klug international aufzustellen und diesen Wandel möglichst rasch zu vollziehen. Die hier unterbreiteten Vorschläge dazu sind sicher nicht allumfassend. Vielmehr versteht die Kommission ihre Empfehlungen als Beitrag zu den bevorstehenden Koalitionsverhandlungen. Als einen Beitrag zur Weiterentwicklung bestehender Positionen, um Deutschland international zukunftsfähig zu machen – politisch, wirtschaftlich und gesellschaftlich.

KOMMISSIONSMITGLIEDER



Annegret Kramp-Karrenbauer
Bundesministerin der
Verteidigung a.D.



Prof. Dr. Ottmar Edenhofer
Direktor und Chefökonom des
Potsdam-Instituts für
Klimafolgenforschung (PIK)



Joschka Fischer
Bundesminister des
Auswärtigen a.D.



Maria-Yassin Jah
Leiterin des Transition Finance
Advisory Bereichs bei SLR
Consulting



Silvana Koch-Mehrin
Präsidentin und Gründerin von
Women Political Leaders (WPL)



Michael Krake
Exekutivdirektor der
Weltbankgruppe für Deutschland



Janina Kugel
Aufsichtsrätin & Senior Advisor



Prof. Dr. Christine Langenfeld
Richterin des Zweiten Senats,
Bundesverfassungsgericht und
Professorin für Öffentliches
Recht an der Universität
Göttingen



Walter Lindner
Staatssekretär a.D. im
Auswärtigen Amt, Botschafter
a.D. der Bundesrepublik
Deutschland in Indien



Dr. Stefan Mair
Geschäftsführender Vorsitzender
der Stiftung Wissenschaft und
Politik (SWP)

EXPERT:INNEN

Für die Erarbeitung der Empfehlungen haben *Global Perspectives* und die Kommissionsmitglieder mit zahlreichen Expert:innen aus Afrika, Asien, Lateinamerika und Europa gesprochen. Unser Dank für den wertvollen Austausch gilt:

Elhadj As-Sy
Kofi Annan Foundation

**Prof. Dr. Tobias Bunde &
Dr. Sophie Eisentraut**
Münchner Sicherheitskonferenz

Nathalie Delapalme
Mo Ibrahim Foundation

Prof. Dr. Florian Englmaier
LMU München

Dr. Martin Frick
World Food Programme

Prof. Dr. Anna-Katharina Hornidge
German Institute of Development and
Sustainability (IDOS)

Dr. Thomas Liebig
OECD

Prof. Dr. Carlo Masala
Universität der Bundeswehr München

Christoph Mohr
Goethe-Institut

Dr. Kumi Naidoo
Umwelt- & Menschenrechtsaktivist, ehem.
Greenpeace

Andrea Ordóñez Llanos
Southern Voice

Prof. Dr. Moritz Schularick
Kiel Institut für Weltwirtschaft (IfW Kiel)

Teddy Soobramanien
Comesa Business Council

Ambika Vishwanath
Kubernein Initiative

Dr. Michael Werz
Münchner Sicherheitskonferenz

Anna Bjerde
Weltbankgruppe

Dr. Kevin Casas-Zamora
International IDEA

Alice de Moraes Amorim Vogas
Institute Climate and Society

Martin Ewald
ehem. Allianz Global Investors

Claver Gatete
United Nations Economic Commission for
Africa (UNECA)

Dr. Holger Kolb
Sachverständigenrat für Integration und
Migration

Prof. Carlos Lopes
University of Cape Town

Dr. Peter Maurer
ehem. Internationales Komitee vom Roten
Kreuz

Murithi Mutiga
International Crisis Group

Filipe Nasser
Außenministerium Brasilien

Avinash Persaud
Inter-American Development Bank

Dr. Daouda Sembene
AfriCatalyst

Fred Swaniker
African Leadership Academy & Sand
Technologies

Vanessa Wannicke
Bundesverband der Deutschen Industrie
e.V.

Sophia Wolpers
Labour Mobility Partnerships

Matthias Buck
ehem. Agora Energiewende

Sabine Dall'Omo
Siemens (Sub-Sahara Afrika)

Nisreen Elsaïm
Klima- und Menschenrechtsaktivistin &
UN Youth Advisory Group Climate Change

Jay Fernando
Labour Mobility Partnerships

Dr. Johann Harnoss
Boston Consulting Group

Dr. Acha Leke
Mc Kinsey & Company

Mark Malloch-Brown
ehem. Vereinte Nationen & Open Society
Foundation

Prof. Dr. Dirk Messner
Umweltbundesamt

Dr. James Mwangi
Equity Group Holdings

Prof. Dr. Peter Neumann
King's College London

Dirk Reinermann
Weltbankgruppe

Dr. Vera Songwe
Liquidity and Sustainability Facility &
Brookings Institution

Eden Tadesse
Invicta

Bruno Wenn
ehem. DEG und KfW Bankengruppe

Prof. Dr. Syed Akbar Zaidi
Institute of Business Administration

IMPRESSUM

Herausgegeben von
Global Perspectives Initiative
gemeinnützige UG (haftungsbeschränkt)
Dorotheenstraße 3
10117 Berlin

Gesamtverantwortung
Gregor Darmer

Programmleitung
Sarah van Bentum

Beratung
Dr. Ingrid Hamm

Redaktion
Friederike Bauer

Gestaltung
Melissa Meierhöfer

Global Perspectives Initiative

In einer globalisierten Welt ist ein kontinuierlicher und ergebnisorientierter Dialog entscheidend. *Global Perspectives* bringt die entscheidenden Persönlichkeiten aus Wirtschaft, Wissenschaft, Politik, Medien und Zivilgesellschaft an einen Tisch, um die gemeinsame Zukunft nachhaltig zu gestalten. Als unabhängige und politisch neutrale Dialogplattform möchten wir die europäisch-afrikanischen Beziehungen und die multilaterale Zusammenarbeit der Zukunft stärken.

Dieses Projekt konnte dank der großzügigen Unterstützung der *Gates Foundation* realisiert werden.